

Sfb 186 report; Nr. 6/ September 1997

Veröffentlichungsversion / Published Version
Sammelwerk / collection

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Universität Bremen, SFB 186 Statuspassagen und Risikolagen im Lebensverlauf. (1997). *Sfb 186 report; Nr. 6/ September 1997*. Bremen. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-21272>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Der Sonderforschungsbereich 186 "Statuspassagen und Risikolagen im Lebensverlauf" der Universität Bremen wird von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gefördert.

Von Statuspassagen zur Lebenslaufpolitik

Der Sfb 186 in der vierten Forschungsphase: Rückblick und Perspektiven

Der Bremer Sonderforschungsbereich "Statuspassagen und Risikolagen im Lebensverlauf" wird bis Ende 1999 weitergeführt. Dies ist das Ergebnis der Ende 1996 durchgeführten Begutachtung des Sfb 186 durch die Gutachter der DFG. Prof. Dr. Walter R. Heinz, Sprecher des Sfb 186, nimmt dies zum Anlaß für eine Bilanzierung der bisherigen konzeptuellen Entwicklung des in seiner Art einmaligen Bremer Forschungsansatzes.

Inhalt

Zwischenbilanz: Der Sfb 186 in der vierten Forschungsphase	1
Editorial	2
Sonderforschungsbereiche, Sozialforschung, Soziologie	6
Wohnquartier und Sozial- hilfebedürftigkeit	11
Nachrichten aus dem Sfb	18
Impressum	20

Bei der Einrichtung 1988 war die Programmatik des Sfb darauf gerichtet, ob und inwieweit durch die Strukturveränderungen und Diskontinuitäten innerhalb und zwischen Statuspassagen im Lebensverlauf sich die sogenannten männlichen und weiblichen Normalbiographien auflösen bzw. an Konturen verlieren würden. Als Leit motive wurden folgende Fragenkomplexe aufgeführt:

- Wie bearbeiten die Institutionen des Arbeitsmarkts, der Bildung, Familie und sozialen Sicherung die durch soziale und ökonomische Risikolagen anfällig gewordenen Lebensverläufe?
- Wie arrangieren sich die Individuen mit den Brüchen im Lebenslauf und den Friktionen, die sich zwischen

institutionalisierten Lebenslaufprogrammen und individuellen Lebensentwürfen abzeichnen?

Es wurde auch gefragt, inwieweit biographische Innovationen durchsetzbar sind, angesichts von Kontinuitätsbrüchen, die sich auf Zeitpunkt und Abfolge von Übergängen zwischen den gesellschaftlichen Handlungsfeldern Bildung, Beruf, Betrieb, Familie, Gesundheitsversorgung und Ruhestand beziehen, und von welchen sozialen Gruppierungen sie getragen werden. Die Annahme war dabei, daß es den Individuen und den Institutionen des Sozialstaats obliegt, Statuspassagen zu gestalten und diese in Risikolagen zu überbrücken, um Lebensverläufe zu stabilisieren.

Biographischer Gestaltungsdruck: Freiheit und Risiko

Hintergrundfolie für diese Fragestellungen war die Annahme, daß individuelle Lebensentwürfe und deren Umsetzung an gesellschaftlich definierte Lebensphasen und -übergänge geknüpft sind (vgl. Kohli: Kontinuität, Sequenzialität, Biographizität). Daraus ergibt sich für die Individuen das Problem, ihre Statuspassagen nicht nur zeitlich, sondern auch im Hinblick auf verschiedene institutionelle Rationalitäten und Beteiligungsverpflichtungen aufeinander abzustimmen.

Da dieses Problem in modernen Gesellschaften - vom Typus "individualisierte Risikogesellschaft mit verzeitlichter sozialer Ungleichheit" - chronisch ist, sind soziale Agenturen, Experten und Institutionen an den Übergängen im Lebensverlauf beratend, begleitend oder kontrollierend und vor allem selektiv tätig (gatekeeping).

Zentral für unseren Forschungsansatz ist die Aussage, daß die geschlechtsspezifischen Statuspassagen im Erwerbsleben als strategische Verbindungen zwischen Bildung, Arbeitsmarktsegmenten, betrieblicher Beschäftigungspolitik und Familie unterschiedliche Spielräume für die individuelle Biographiegestaltung eröffnen. An den Verzweigungslinien von Berufs- und Familienverläufen entstehen strukturelle Anschlußprobleme; daher müssen die Individuen besonders sorgfältig Regie führen. Dies gilt nicht nur bei Übergängen von einem Beschäftigungsstatus zum anderen, sondern auch für familien- und berufsbezogene Karrieremuster.

Die ökonomischen und sozialen Risiken labilisieren Lebensläufe, indem sie die Dauer, Abfolge und Koppe-

lung von Statuspassagen kontingent, also ungewiß machen. Dies ruft Diskrepanzen zwischen den Kontinuitätserwartungen der Subjekte und den institutionellen Leistungen hervor. Einerseits wird eine Abstimmung der gesellschaftlichen Institutionen untereinander bei der individuellen Lebenslaufplanung in Rechnung gestellt. Andererseits bestehen strukturell nicht gelöste Friktionen zwischen Ausbildungs-, Familien-, Beschäftigungs- und Rentensystem, wodurch die Übergänge im Lebensverlauf an Ressourcenausstattung und zeitlicher Konturierung verlieren. Dies erhöht den biographischen Gestaltungsdruck auf die Individuen, wenn sie z.B. vor Entscheidungen stehen, Überbrückungspassagen im System der sozialen Sicherung in Anspruch zu nehmen.

Strukturwandel spiegelt sich auch darin, daß an den Übergängen zwischen Bildungs- und Ausbildungssystem und von dort in die Erwerbstätigkeit die Statuspassagen von Männern und Frauen durch mehr Optionen und zugleich geringere Planbarkeit gekennzeichnet sind. Dadurch entstehen Lebensverläufe, die eine erhebliche Variationsbreite in der Kombination von Familien- und Erwerbsrollen aufweisen. Können die fehlenden institutionellen Verbindungslinien durch individuelle Arrangements aufgefangen werden, und welche Auswirkungen haben die Ansprüche von Frauen nach Vereinbarkeit von Berufs- und Familientätigkeit auf die Politik der Institutionen? Die vom Arbeitsmarkt ausgehenden Risikolagen verweisen bislang eher auf Statuspassagen in prekäre Beschäftigungsverhältnisse, in das System der sozialen Sicherung oder zurück in die Familie. Angesichts blockierter Kontinuitäten zwi-

weiter auf S. 3

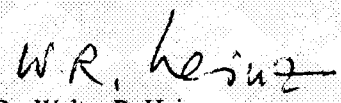
Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

auch Organisationen haben Lebensläufe und müssen von Zeit zu Zeit Übergänge meistern, die alle Kräfte binden. Nach der erfolgreichen Begutachtung im Oktober 1996 wird der Sfb-report wieder im gewohnten Halbjahresrhythmus erscheinen.

Die drei Artikel in dieser Ausgabe bewegen sich auf sehr unterschiedlichen Ebenen: W.R. Heinz bilanziert einleitend die Forschungsarbeit des Sfb 186 und bietet einen Ausblick auf die derzeitige Forschungsphase. Ansgar Weymann befaßt sich mit der Situation der Soziologie und den Möglichkeiten zur Stabilisierung des Fachs durch sozialwissenschaftliche Sonderforschungsbereiche. Wolfgang Voges und Andreas Farwick untersuchen den Einfluß von Nachbarschaften auf Armutsdynamiken. Diese Untersuchung selbst ist ein Beispiel einer positiven nachbarschaftlichen Integration zwischen drei sozialwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen der Universität Bremen: dem Zentrum für Sozialpolitik, der Zentralen Wissenschaftlichen Einrichtung "Arbeit und Region" und dem Sfb 186. Sie ist auch ein Beispiel dafür, wie Anregungen, die den Sfb eher am Rande seiner inhaltlichen Ausrichtung betreffen, integriert und in die weitere Forschung einbezogen werden.

Falls Sie an weiteren Informationen über den Sfb interessiert sind, können Sie uns im Internet finden (<http://www.uni-bremen/~sfb186/>) und/oder das Forschungsprogramm und unsere Arbeitspapiere über die Zentrale Geschäftsstelle beziehen.


Prof. Dr. Walter R. Heinz
Sprecher

schen den Lebensfeldern werden die Betroffenen unter starken Handlungs- und Legitimationsdruck gestellt, auf Statuspassagen zweiter Wahl auszuweichen. Dadurch geraten sie aber in die (vorübergehende) Abhängigkeit von sozialstaatlichen Institutionen, womit die Entstehung "sekundärer Statusrisiken" verknüpft ist. Dies bedeutet, daß der sozialstaatliche Umgang mit Erwerbslosigkeit, arbeitsbedingten Erkrankungen oder Armut das Beschäftigungssystem entlastet, aber die Biographie der betroffenen Individuen mit defizitären Statuspassagen belastet, die es nicht gerade erleichtern, wieder in kontinuierliche Erwerbsverläufe einzutreten.

Strukturierungsprozesse sozialer Ungleichheit

In der Ausgestaltung des Forschungsprogramms ist der Zusammenhang zwischen sozialen Risiken und der Kontinuitätsbedrohung von Lebensläufen auch im Blick auf die Strukturierungsprozesse sozialer Ungleichheit bezogen worden: Die sozioökonomische Verteilungsdynamik von Lebenschancen und Risiken führt zur Strukturierung von Risikogruppen; sie bestimmt darüber, ob Übergangsrisiken bei bestimmten Sozialgruppen kumulieren, die sich in sekundären Statuspassagen auf den Wiedereinstieg in eine selbstverantwortliche Lebensführung vorbereiten. Dazu kam die präzise Fassung des Verhältnisses von Lebenslauf und Institution.

Für die Dauer, Abfolge und Kombination von Statuspassagen im Rahmen des Lebenslaufprogramms sind die Beschäftigungspolitik der Betriebe, die Ausbildungspolitik des dualen Systems, die staatliche Arbeitsmarktpolitik und die Sozial- und Gesundheitspolitik von zentraler Bedeutung. Dies deswegen, weil die

Individuen mit Ressourcen ausgestattet und in Berechtigungsmuster, Anforderungsstrukturen und Laufbahnen einbezogen werden. Die Institutionen machen den Zugang zu Statuspassagen von der Erfüllung qualifikatorischer und normativer Kriterien abhängig.

Dies bedeutet aber auch, daß im Hinblick auf die Organisation von Lebensverläufen und die Koordination von Lebensbereichen die Institutionen die Handlungsorientierungen der Individuen beeinflussen, indem sie Zeithorizonte definieren und Handlungsressourcen zur Gestaltung und Bilanzierung von Biographien zur Verfügung stellen. Dabei kommt den Institutionen Deutungshoheit darüber zu, ob Lebensverläufe als risikobelastet oder/und reparaturfähig zu bewerten sind. Sie können damit ihre Normalitätsunterstellungen durch Auflagen und Inaussichtstellen von Leistungen gegenüber den Akteuren reklamieren.

Die Politik der gesellschaftlichen Institutionen hat also bei der Koordination und Herstellung kontinuierlicher Lebensverläufe an den Übergängen zwischen Bildung, Familie, Erwerbstätigkeit und Ruhestand eine zentrale Stellung. Inwieweit die Institutionen dabei auf ihren Kontroll- und Selektionskriterien beharren oder gegenüber biographischen Innovationen flexibel reagieren, also nicht umsteuern, reglementieren oder korrigieren, sondern Ressourcen und Spielräume zur Verfügung stellen, das sind auch heute noch aktuelle Fragen im Sfb.

Die gesellschaftliche Modernisierung hat nicht nur die Palette von primären und sekundären Statuspassagen erweitert oder, individualisierungstheoretisch gesprochen, die Optionalität der Biographiegestaltung erhöht,

sondern auch die Abstimmung zwischen Qualifizierungs-, Erwerbs-, Familien- und Ruhestandspassagen institutionell "entsichert". Daraus folgt einmal, daß die Statuspassagen in ihrem Erfolg und Mißerfolg immer stärker den Akteuren zugeschrieben werden. Zum anderen haben dennoch Bildung und Arbeitsmarkt sowie die Institution der Sozialpolitik bei der Strukturierung des Lebenslaufs an Gewicht gewonnen. Der Prozeß der Individualisierung von Biographien ist an Arbeitsmarkt und Sozialstaat gebunden - also "doppelt abhängige Individualisierung". Dies unterscheidet das deutsche Lebenslaufregime etwa von dem der nordamerikanischen Gesellschaften, die in ihrer Geschichte das Individuum und den Markt zum kulturellen bzw. ökonomischen Fundament der Organisation der Lebensführung gemacht haben.

Statuspassagen an Übergängen zwischen und innerhalb gesellschaftlicher Felder sind anspruchsvolle Handlungsanforderungen: Von den Individuen wird erwartet, daß sie sich auf ein oder mehrere institutionalisierte Handlungsmuster und Zeitpläne beziehen und ihre Biographie entsprechend koordinieren. Dabei gewinnen Gatekeepingprozesse an Gewicht, durch die Institutionen an der Verteilung von Partizipationschancen und sozialstaatlich gerahmten Risikopassagen tätig werden. Für die Individuen, die in ihren Statuspassagen mit den Mechanismen und Mustern des institutionellen Gatekeepings zu rechnen haben, können sich undurchschaute Weichenstellungen ergeben, die auch sekundäre Risiken für die eigenständige Biographiekonstruktion mit sich bringen.

Anders formuliert: Erklärungsbedürftig ist, daß zwischen den sozioökonomischen Verteilungsprinzipien und den institutionellen Selektionsprozessen einerseits und den Statuspassagen andererseits eine lockere Verbindung besteht. Das Konzept der "lockeren Verknüpfung" bezeichnet das kontingente Verhältnis von Le-

bensalter, Rollenkonfigurationen und Statuswechsel im Lebensverlauf von Kohorten. Dieses Verhältnis kann weder aus dem Strukturwandel der Gesellschaft noch aus den Motiven der Individuen allein erklärt werden. Es muß aus der individuellen Bewältigung der institutionell mangelhaft verknüpften Übergänge im Lebens-

verlauf und den damit verbundenen institutionellen Segmentations- und Selektionsverfahren verstanden werden.

Das Problem dieser lockeren Verbindung zwischen Makrostrukturen der Gesellschaft, der institutionellen Verwaltung von Lebensverläufen und

Projektbereiche und Teilprojekte im Sfb 186 in der vierten Forschungsphase 1997 - 99

A Übergänge vom Ausbildungs- in das Erwerbssystem

- A1 Zwischen beruflichem Statusmanagement und Familiengründung: Fachkräfte 10 Jahre nach ihrem Schulabschluß (Prof. Dr. W. R. Heinz)
- A3 Integrationsrisiken bildungsbenachteiligter junger Erwachsener - Erwerbsverlauf und Delinquenz nach der 2. Schwelle (Prof. Dr. Karl F. Schumann)
- A4 Berufsverläufe im sozialen Wandel - Optionen und Restriktionen (Risikopassage Berufseintritt III) (Prof. Dr. Ansgar Weymann, Dr. Reinhold Sackmann)

B Statuspassagen zwischen Reproduktions- und Erwerbsarbeit

- B1 Berufe im weiblichen Lebenslauf und sozialer Wandel (Prof. Dr. Helga Krüger, Dr. Claudia Born)
- B6 Haushaltsdynamik und soziale Ungleichheit im internationalen Vergleich (Prof. Dr. Hans-Peter Blossfeld)

C Statuspassagen innerhalb der Erwerbsarbeit

- C1 Institutionelle Steuerung und individuelle Verarbeitung gesundheitlicher Risikolagen - Ansätze zu einer Lebenslaufpolitik der Krankenkassen? (Institutionelle Regulierung im Wandel - Teil III) (Prof. Dr. Rainer Müller, Dr. Gerd Marstedt)
- C4 Abstiegskarrieren und Auffangpositionen IV: Erwerbsverläufe und "relative Gesundheit" (Prof. Dr. Johann Behrens, Prof. Dr. Rainer Müller)
- C5 Übergang vom Erwerbsleben in die Nacherwerbsphase: Reaktionen auf die Einführung neuer sozialrechtlicher Regelungen (II): Frühverrentung versus Altersteilzeitarbeit (Prof. Dr. Winfried Schmähl)

D Übergänge zwischen Erwerbssystem und sozialer Sicherung

- D1 Risikobiographie und Sozialversicherungsverfahren im gesellschaftlichen Wandel (1933-1957) (PD Dr. Dietrich Milles)
- D3 Sozialhilfedynamik zwischen Lebenslaufpolitik und gesellschaftlichem Strukturwandel (Sozialhilfekarrieren IV) (Prof. Dr. Stephan Leibfried, PD Dr. Lutz Leisering)
- Z Zentrale Geschäftsstelle und Bereich Methoden und EDV (Prof. Dr. Walter R. Heinz, Prof. Dr. Karl F. Schumann)

Kooperationsprojekt mit der Universität Halle

- YE2 "Sozialhilfedynamik in den neuen Bundesländern" (Prof. Dr. Thomas Olk)

den Mikroprozessen der Biographiegestaltung kann über zwei aufeinander bezogene Konzeptionen erschlossen werden: Einmal durch die Strukturierung von Lebenslaufmustern durch die für Statuspassagen zuständigen Institutionen und die sozialstaatliche Bearbeitung von damit verknüpften Risiken zum anderen durch Lern- und Sozialisationsprozesse individueller und kollektiver Akteure, die sich aus der selbstreflexiven Gestaltung und Bewältigung von Rollenanforderungen und Statussequenzen ergeben. Diese Konzeption läuft darauf hinaus, daß im Lebensverlauf die sozialen Zuweisungsmechanismen und Gelegenheitsstrukturen durch das Handeln und Entscheiden der biographischen Akteure erst mit Leben erfüllt werden.

Lebenslaufpolitik: staatliche Rahmung und individuelle Gestaltung

Von hier ist der Bezug auf die Konzeption der Lebenslaufpolitik naheliegend. Die segmentierte Zuständigkeit von Institutionen für verschiedene Abschnitte und Konstellationen des Lebenslaufs macht biographische Optionen und Verläufe zu einem wichtigen Thema des gesellschaftlichen Bewußtseins, des öffentlichen Diskurses und der Gesellschaftspolitik. Dabei weist das deutsche Lebenslaufregime als Vorstellungssystem und Institutionenarrangement eine besonders differenzierte Rahmung von Familie, Bildung, Arbeit und Beruf, Gesundheit und Ruhestand auf.

Bildung, Alterssicherung und soziale Risikobearbeitung gelten als die Kernbereiche der Gesellschaftspolitik für den Lebenslauf in Deutschland. Sozial- und bildungsstaatliche Lebenslaufsteuerung wirkt direkt, indem sie Rechte und Chancen, aber

auch Verpflichtungen zur Teilhabe (z.B. Qualifikation und Erwerbstätigkeit) schafft.

Das sozialstaatlich gerahmte Lebenslaufregime in Deutschland hat eine besondere Tiefenstruktur: Es formuliert nicht nur Normen und stellt Ressourcen für Lebensphasen, Übergänge und Risikolagen im Lebenslauf zur Verfügung, sondern es schafft allgemeine Voraussetzungen für die biographische Handlungsfähigkeit des einzelnen, wie sie in allen Lebenslagen gefordert wird. Die wesentlichen Leistungen der Sozialpolitik hängen aber von individuellen biographischen Vorleistungen ab.

In der sozialstaatlichen Bearbeitung individueller und gruppenspezifischer biographischer Chancen und Risiken kommt es zu systematischen Exklusions- und Inklusionsprozessen. Dabei geht es für die biographischen Akteure darum, soziale Rechte und durch Qualifikation und Erwerbstätigkeit erworbene Ansprüche als Ressourcen im Lebenslauf einzusetzen: Damit werden Lebensverläufe im restriktiven Wohlfahrtsstaat abhängig nicht nur vom Arbeitsmarkt, sondern auch von der gesellschaftlichen Inszenierung und Auseinandersetzung um die "richtige" Lebenslaufpolitik.

Lebenslaufpolitik sichert, erweitert oder verengt die Verantwortlichkeit des Individuums samt seinem sozialen Netzwerk für die Gestaltung von Statuspassagen und die Überbrückung von Statusrisiken. Wenn sich die sozialstaatlichen Institutionen von der aktiven und prospektiven Lebenslaufpolitik zurückziehen, dann hat dies einen zweifachen Effekt: Die Strukturierung sozialer Ungleichheit wird mit Lebensübergängen korrelieren, und den individuellen und kollektiven Akteuren werden Ent-

scheidungen über biographische Optionen ermöglicht, bzw. auferlegt, deren Folgen für ihren Lebenslauf ungewiß sind. Giddens spricht in diesem Kontext von "Lebenspolitik", die die emanzipatorische Politik der alten Linken durch die Forderung nach autonomer Bestimmung von Lebensstilen ergänzt. Auf diese Ansprüche müssen die Institutionen reflexiv reagieren, indem sie die Bedingungen und organisatorischen Möglichkeiten für lebenslaufpolitische Entscheidungen von Individuen und Gruppen verbessern.

Die inhaltlich-theoretische Konzeption der Lebenslaufpolitik von Institutionen und deren kulturell-biographische Verarbeitung geht davon aus, daß durch die Steuerung von Lebensläufen mit den Mitteln der Sozial- und Bildungspolitik Rechte und Chancen für eine autonome Lebensführung so verteilt werden, daß sich eine besondere deutsche Konfiguration von Lebensverläufen und ihrer Entwicklung erkennen läßt. Sie ist - trotz wachsender Strukturprobleme der sozialstaatlichen Politik - noch durch ein hohes Maß an Altersgebundenheit, Stabilität und Verlässlichkeit über den Lebenslauf hinweg für alle sozialen Schichten gekennzeichnet. Dies beruht auf einem gesellschaftlichen Konsens, der ohne eine politisch-institutionelle Vermittlung nicht möglich wäre.

Die Konzeption der Lebenslaufpolitik heißt also, die Frage nach den individuellen Gestaltungsoptionen der Biographie im Rahmen der Koordinierungsprobleme und Spannungsverhältnisse zwischen den Lebenslaufinstitutionen Familie, Bildung, Arbeit und Beruf, Gesundheitsversorgung und soziale Sicherung aufzugreifen. Trotz einer beobachtbaren Destandardisierung von Biographiemustern werden die zeitliche Ord-

nung und die Übergänge im Lebensverlauf weiterhin durch die gesellschaftspolitischen Vorgaben für Bildung, Familienleben, soziale Risikobearbeitung und Alterssicherung geformt. Neben dieser expliziten Lebenslaufpolitik spielen aber auch Veränderungen in der impliziten Lebenslaufpolitik der sozialen Deutungen und Leitbilder, an denen sich die biographischen Akteure orientieren, eine wichtige Rolle bei der Vermittlung zwischen sozialstaatlichem Lebenslaufregime und Biographie.

Die Teilprojekte des Sfb 186 verfolgen also ihre jeweilige Fragestellung mit der Leitvorstellung, daß der moderne Lebenslauf am Schnittpunkt

institutioneller Politiken und individueller Gestaltung von Biographien seine Dynamik gewinnt. Dazu gehören an den Übergängen im Lebenslauf nicht nur die Bereiche Bildung, soziale Risikobearbeitung und Alterssicherung, sondern eben auch die betrieblichen und staatlichen Arbeitsmarktpolitiken, die in die politische Bearbeitung des ökonomischen Strukturwandels eingebettet sind.

Auf empirische Fragestellungen übersetzt bedeutet diese Leitannahme zu untersuchen, wie sich das Verhältnis zwischen der Periodisierung des Lebenslaufs durch die sozial- und arbeitspolitischen Institutionen einerseits und die Erwartungen

sowie Handlungsweisen der Individuen andererseits im Modernisierungsprozeß gestaltet und verändert. Es kommt hierbei darauf an, sowohl das Fortwirken sozialer Ungleichheitsstrukturen im Zugang zu Ressourcen und Optionen der Lebensführung, als auch die gestiegenen Anforderungen an die Selbstgestaltung biographischer Übergänge im Blick zu behalten. Dieser Ansatz verlangt die Analyse von Lebenslaufmustern unter Bezug auf die sozialen Bedingungen und Gelegenheitsstrukturen ebenso wie auf die institutionellen Politikbereiche und -praktiken, mit denen die biographischen Akteure bei der Gestaltung ihres Lebenslaufs konfrontiert sind.

Walter R. Heinz

Ansgar Weymann

Sonderforschungsbereiche, Sozialforschung, Soziologie¹

1. Vorbemerkung

Die Leitfrage des Forums Forschung auf dem Dresdner Soziologentag lautete etwas dramatisierend "Soziologische Forschung in Gefahr? Leistungsfähigkeit und Zukunftsperspektiven". Als Vertreter des letzten, noch bestehenden sozialwissenschaftlichen Sonderforschungsbereichs zum Forum eingeladen, möchte ich die aufgeworfene Frage zunächst vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit einem Sonderforschungsbereich beantworten und dann zu einer allgemeineren Einschätzung der Forschungssituation in der Soziologie übergehen.

2. DFG-Sonderforschungsbereiche

Sonderforschungsbereiche sind laut Definition der DFG "längerfristige Forschungseinrichtungen von Hochschulen, in denen Wissenschaftler mehrerer Disziplinen im Rahmen eines fächerübergreifenden Forschungsprogramms zusammenarbeiten. An einem Sonderforschungsbereich können auch mehrere benachbarte Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen beteiligt sein. Sonderforschungsbereiche bedürfen der Anerkennung durch den Wissenschaftsrat".

Mit der Einrichtung eines Sonderforschungsbereichs sind außer DFG und Wissenschaftsrat die jeweilige Universitätsleitung und Landesregierung befaßt, weil die Gesamtfi-

nanzierung eines Sonderforschungsbereichs neben der sogenannten "Ergänzungsausstattung" durch Drittmittel der Deutschen Forschungsgemeinschaft auch aus einer "Grundausstattung" durch Universität und Land besteht. Für beide Finanzierungsbestandteile sind bestimmte Relationen vorgesehen. Die Laufzeit eines Sonderforschungsbereichs beträgt in der Regel 12-15 Jahre. Die Bewilligungen erfolgen jeweils für einen Zeitraum von drei Jahren, so daß sich Sonderforschungsbereiche periodisch einer zweitägigen Begutachtung durch eine Gruppe von etwa 12 Gutachtern der Deutschen Forschungsgemeinschaft stellen müssen, unter ihnen ein fachexterner Berichterstatter aus den Naturwissenschaften. Die Vorbereitung der nächsten Begutachtung beginnt faktisch mit dem erfolgreichen Ablauf der

¹ Erschienen in "Soziologie - Mitteilungsblatt der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Heft4/1996.

vergangenem, insbesondere das dritte Förderungsjahr ist durch Berichterstattung und Neuantragsfassung stark mitgeprägt.

2.1 Der Bremer Sfb 186

Der Bremer Sonderforschungsbereich 186 hat den Titel "Statuspassagen und Risikolagen im Lebensverlauf". Er ist der letzte sozialwissenschaftliche Sonderforschungsbereich, da die Sonderforschungsbereiche 227 "Prävention und Intervention im Kindes- und Jugendalter" (Bielefeld) sowie 333 "Entwicklungsperspektiven von Arbeit" (München) gegenwärtig auslaufen. Ältere Sonderforschungsbereiche in den Sozialwissenschaften richteten ihr Forschungsprogramm auf Sozialisationsforschung (Erlangen-Nürnberg), Bildungsforschung (Konstanz) und Mikroanalysen der Gesellschaftspolitik (Frankfurt/Mannheim).

Der Bremer Sonderforschungsbereich führt Längsschnittuntersuchungen in den Bereichen Bildung, Arbeit, Beruf und Beschäftigung, Familie und Partnerschaften, Gesundheitspolitik und public health, Sozialpolitik und Alterssicherung durch. In den einzelnen Projekten wird eine Verbindung der Analyse von individuellen Lebensverläufen in repräsentativen Stichproben einerseits, mit qualitativen biographischen Studien andererseits angestrebt. So gibt es beispielsweise ein Makrosample der Berufsverläufe in Ostdeutschland, seit 1985 verbunden mit einem Mikrosample biographischer Studien einzelner beruflicher Lebenswege, ein Mikro- und Makrosample der Übergänge zwischen Berufsausbildung und Beruf in westdeutschen Regionen oder die Bremer Sozialhilfestudie mit Makro- und Mikroanalysen von Sozialhilfverläufen. Weiterhin werden Analysen des institutionellen Wan-

dels mit individuellen Verlaufsdaten verknüpft: So beispielsweise Untersuchungen von institutionellen Wandlungsprozessen in Gesundheitswesen, Sozialhilfe, Alterssicherung, Kriminalpolitik oder betrieblicher Personalentwicklung im Wechselspiel mit individuellen Lebensverläufen und biographischem Bewältigungshandeln.

Der Sonderforschungsbereich 186 verbindet also in Längsschnittuntersuchungen Analysen sozialen Wandels auf der Ebene von Sozialstruktur und Institutionen mit individuellen Verlaufsdaten und biographischen Handlungsstrategien. Er umfaßt zur Zeit zwölf Projektgruppen in vier Abteilungen mit etwa 50 wissenschaftlichen und 15 sonstigen Mitarbeitern. Der Forschungsschwerpunkt im Förderungszeitraum 1997-1999 liegt auf "Lebenslaufpolitik".

2.2 Zur Leistungsfähigkeit von Sonderforschungsbereichen

Von der augenblicklichen Gefährdung sozialwissenschaftlicher Sonderforschungsbereiche war schon die Rede. Sie befinden sich zur Zeit auf der roten Liste der aussterbenden Arten. Wichtig zu wissen ist dabei, daß dies kein generelles Problem der Institution Sonderforschungsbereich ist, sondern ein sozialwissenschaftlicher Sonderfall.

Worin besteht nun die besondere Leistungsfähigkeit eines Sonderforschungsbereichs gegenüber der Einzelförderung der Sozialforschung durch Drittmittel oder gegenüber der Forschung mit universitären Hausmitteln? Sie läßt sich in folgenden Punkten zusammenfassen.

1. Sonderforschungsbereiche ermöglichen die Anlage von Längsschnitten zur Beobachtung sozialen Wandels auf der Ebene

von Sozialstruktur, Institutionen und individuellen Verläufen über 12-15 Jahre.

2. Sonderforschungsbereiche erfordern und begünstigen die langfristige Kooperation von Einzel Forschern mit unterschiedlichen Spezialkompetenzen innerhalb von Projektgruppen,
3. sowie die langfristige Kooperation interdisziplinärer Projektgruppen untereinander. In Bremen sind die beteiligten Disziplinen Soziologie, Sozialpolitik, Sozialpsychologie, Wirtschaftswissenschaft, Recht, Geschichte, Medizin.
4. Sonderforschungsbereiche erlauben eine langfristige Methodenentwicklung und -erprobung und die Anlage von Datenarchiven,
5. sowie die kontinuierliche Verfolgung einer theoretischen Fragestellung am Datenmaterial.
6. Aufgrund der günstigeren Ausstattung mit Ressourcen ist die Einrichtung eines Unterstützungsteams für Methoden, Daten und Technik möglich,
7. und es können regelmäßig internationale Symposien und Workshops zum Austausch von Arbeitsergebnissen und Arbeitsprogrammen durchgeführt werden.
8. Sonderforschungsbereiche erleichtern die Professionalisierung des wissenschaftlichen Personals, die Förderung von Promotionen und Habilitationen,
9. bereichern die Lehre in mehreren Fachbereichen, stellen zahlreiche Arbeitsplätze für studentische Hilfskräfte bereit, schaffen Angebote für Abschlußarbeiten im Rahmen des Forschungsprogramms.
10. Sonderforschungsbereiche eignen sich als Initiatoren und Kooperationspartner für Graduiertenkollegs (in Bremen "Sozialpolitik

und Lebenslauf") und für internationale Austauschprogramme (z.B. Erasmus).

11. Schließlich erleichtern sie den Aufbau von Transfernetzen - beispielsweise im Bereich von Sozialpolitik, Gesundheit, Bildung, Arbeit oder Rechtswesen.

Sonderforschungsbereiche sind eine entscheidende Möglichkeit, dem Auszug der (Spitzen)Forschung aus den Universitäten entgegenzuwirken, die Wettbewerbsfähigkeit mit außer-universitären Forschungseinrichtungen wie Max-Planck-Instituten, Fraunhofer-Instituten, Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nürnberg, Deutsches Jugendinstitut München, Hochschulinformationssystem etc. teilweise zu wahren und die universitäre Lehrsituation zu verbessern, also die Einheit von Forschung und Lehre zu pflegen.

3. Soziologische Forschung in Gefahr?

Sonderforschungsbereiche sind ein Gewinn für die universitäre Forschung und Lehre in den Sozialwissenschaften. Innerhalb der Universitäten arbeitet die soziologische Forschung im allgemeinen jedoch unter anderen, knapperen Bedingungen, soweit nicht besondere Universitäts-schwerpunkte oder -zentren, An-Institute oder Kooperationen mit Instituten der Blauen Liste, Staatsinstituten etc. bestehen.

Wie ist die generelle Situation soziologischer Forschung zu beurteilen? Dazu fünf Anmerkungen.

3.1 Soziologie und Soziologien

Die Soziologie hat zwei historische Quellen: Die Anknüpfung an hermeneutische Geisteswissenschaften,

Ansgar Weymann / Walter R. Heinz (eds.)

Society and Biography

Interrelationships between Social Structure, Institutions and the Life Course. Contributions by Peter Alheit, James S. Coleman, S.N. Eisenstadt, Hartmut Esser, Uta Gerhard, Walter R. Heinz, Helga Krüger, René Levy, Heiner Meulemann/Klaus Birkelbach, Angela O'Rand and Ansgar Weymann. (Status Passages and the Life Course, Vol. IX) 1996. 261 S. Br, DM 54,- / \$ 29,90 / £ 18,50 (3-89271-691-9)

This ninth volume of the series "Status Passages and the Life Course" presents contributions by social scientists from the USA, Switzerland, Israel and Germany who analyse interrelationships between social structure, institutions and the life course from the perspective of individual personal development, institutional change and the modernization of society in history.

Special emphasis is given to theoretical perspectives on linkages between micro and macro processes, and to the understanding of rules, norms and rationalisation processes in modern societies and biographies.

About the editors:

Walter R. Heinz, Dr. phil, born 1939, is Professor of Sociology and Social Psychology at the University of Bremen, Chair of the Special Collaborative Centre "Status Passages and Risks in the Life Course", Visiting Chair for German and European Studies, University of Toronto.

Ansgar Weymann, Dr. phil., born 1945, is Professor of Sociology at the University of Bremen, deputy Chair and Chair of the Special Collaborative Centre 186.

Deutscher Studien Verlag

Postfach 100154, 69441 Weinheim

insbesondere an Philosophie und Geschichte, und die positive Erzeugung empirisch basierten Wissens nach dem Modell der Naturwissenschaften. Bis heute können wir - etwas zugespitzt - eine intellektuelle Kultur in der Soziologie, gelegentlich als Gegenwartsdeutung bezeichnet, von professioneller, infrastrukturgestützter Sozialforschung und Sozialbeobachtung (exemplarisch GESIS) unterscheiden. In der Regel sind beide

Traditionen nach wie vor nach Personen und Institutionen getrennt.

Schon weit oberhalb des fachwissenschaftlichen Streites um Theoremsprüche und methodische Regeln gibt es daher keinen paradigmatischen Konsens darüber, was Soziologie ist und wie man soziologische Forschung qualifiziert betreibt, um als professioneller Soziologe eindeutig anerkannt bzw. ausge-

geschlossen zu werden. Wenn er denn gestiftet würde, noch ist ein Nobelpreis für Soziologie schwer vorstellbar. Gleichwohl läßt sich sagen, daß es neben der steten Nachfrage einer gebildeten und politisierten Öffentlichkeit nach Deutungen von Gesellschaft, Geschichte und Zukunft einen starken und kontinuierlichen Zug zur empirischen und angewandten Soziologie gibt, der sich insbesondere aus institutioneller Nachfrage nach Informationen, nach Rationalisierungs-, Planungs- und Kontrollmöglichkeiten in modernen Gesellschaften speist.

Diese Nachfrage kommt primär aus der Politik, vor allem aus dem nationalen, inzwischen auch aus dem internationalen Bereich. Es gibt aber ebenso eine Nachfrage aus Wirtschaft und Recht, von Betrieben, Verbänden, Verwaltung, Konsumenten, Medien. Diese Nachfrage nach Sozialforschung wird bleiben und wachsen, da sie dem Interesse starker korporativer Akteure entspricht. Schließlich gibt es das Informations-, Sicherheits- und Partizipationsinteresse zahlreicher Bürger in einer demokratischen Öffentlichkeit, die soziale, politische, rechtliche, wirtschaftliche Chancen und Risiken wahrnehmen wollen. Aktuelle Beispiele sind Gesundheitspolitik, Altersversorgung, Migration, Sozialhilfe, Beruf und Bildung ebenso wie Wahlforschung, Warentests oder Transformationsprobleme in Ostdeutschland.

Ich sehe deshalb keine Gefährdung der sozialwissenschaftlichen Forschung von außen.

3.2 Zur institutionellen Situation

Etwas vielschichtiger stellt sich die Situation der soziologischen Forschung aus der Innensicht dar. Neben der schon erwähnten paradigmatischen Heterogenität der Soziologie

mit ihren Folgen für die eindeutige und konsensuelle Beurteilung wissenschaftlicher Leistung fällt institutionell die in den Universitäten im Vergleich etwa zur Psychologie - von Naturwissenschaften und Ingenieurwissenschaften ganz zu schweigen - unzureichende Ausstattung auf. Wenn die universitäre Soziologie ein wettbewerbsfähiges Element sozialwissenschaftlicher Forschung sein und bleiben soll, wenn eine weitere Abwanderung in extrauniversitäre Forschung vermieden werden soll, dann ist eine mit Selbstverständlichkeit finanzierte, ausreichende Forschungsinfrastruktur an den Universitäten notwendig. Soweit empirische Sozialforschung betrieben wird, ist Soziologie als semi-technisches Fach einzustufen, nicht als Geisteswissenschaft. Vielleicht sind Verbesserungen mittelfristig ausgerechnet unter dem Reformdruck auf die Universitäten zu realisieren, wenn diese ihre Stärken in Forschung und Lehre nachdrücklicher unter Beweis stellen müssen und wollen. Kurzfristig ist eine bessere personelle Verflechtung zwischen Universitäten und außeruniversitären Einrichtungen durch Doppelberufungen, Lehraufträge, Praktika notwendig und möglich, wobei zuzugestehen ist, daß sich die Dinge bereits verbessert haben.

3.3 Forschungstransfer

Es gibt kein professionelles Berufsfeld für Soziologen, das durch bekannte und akzeptierte, wechselseitige Erwartungen und Netzwerke den Forschungstransfer leicht machen würde. Netzwerke sind bei Medizinern, Juristen, Lehrern, Betriebswirten, Ingenieuren, Psychologen eingespiloter oder institutionalisiert.

Dennoch wird soziologische Forschung im Rahmen bereits gegebener Ziele und Programme routiniert ge-

nutzt oder zur Kenntnis genommen, wobei die Verwendungskriterien der Nutzer nicht mit den wissenschaftsinternen Anerkennungskriterien identisch sind. Gefragt sind praktische Lösungen für aus Nutzersicht wichtige Probleme. Forschungsergebnisse müssen schnell und koordiniert vorliegen, von hoher Qualität und hoher Professionalität, ohne innere Widersprüche bei geringer Fragmentierung und Lückenhaftigkeit. Wichtig ist auch eine gute Zugänglichkeit der Daten und eine gute Dokumentation. Wie alltäglich die Nutzung von Sozialforschung geworden ist, zeigt ihr blühender privatwirtschaftlicher Sektor.

Problematischer hingegen ist der Transfer soziologischer Forschung (aber auch anderer Forschung!) bei Entscheidungen über Programmänderungen. Aktuelle Beispiele sind anstehende Entscheidungen in Sachen Hochschulstruktur, Einwanderungspolitik, Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik oder Sozial- und Gesundheitspolitik. Ein gutes Beispiel aus den USA ist die auch in Europa diskutierte drastische Änderung der Sozialgesetzgebung im Sommer 1996. Die zuständige (und als ehemalige Professorin kompetente) Ministerin Shalala kritisierte den Beitrag der soziologischen Forschung auf dem amerikanischen Soziologentag im August 1996 als in solchen Fällen unzureichend. Als Hauptproblem sah sie die Risikoscheu der Forschung, erfolgsgewohnte und erwartungssichere Pfade mit abschätzbaren kritischen oder zustimmenden Reaktionen auf bestimmte Fragestellungen, abhängig vom flüchtigen jeweiligen Zeitgeist, zu verlassen.

Man kann solche Kritik nicht mit leichter Hand abtun.

3.4 Nachwuchsförderung

Leistungsfähige Forschung braucht qualifizierten Nachwuchs, kontinuierlich und in ausreichenden Zahlen. Wird die Forschungsförderung im Konkurrenzkampf zwischen Wissenschaftsetat und anderen Etats zu stark gekürzt, so "reißt die Nachwuchskette" (Frühwald, DFG Jahresbericht 1995). Allein die Deutsche Forschungsgemeinschaft fördert jährlich 15.000-20.000 Nachwuchswissenschaftler.

Unzureichende Nachwuchsförderung ist kein auf die soziologische Forschung beschränktes Problem. Sie hat nicht zuletzt mit dem Zustand der Universitäten zu tun. Die Universitäten sind zu primär sozialpolitisch ausgerichteten Anstalten geworden, erst sekundär sind sie Einrichtungen für Forschung und Lehre. So gab es in der Soziologie im Jahre 1992 bei 7174 Studienanfängern lediglich 816 erfolgreiche Absolventen (gut 11%) - bei etwa gleichgebliebener Kohortenstärke (Uwe Schimank in der FAZ vom 14.9.1996). Schon der Anteil wissenschaftlich motivierter und qualifizierter Studenten ist derartig gering, daß geeignete Hilfskräfte für die Forschung knapp sind.

Zu empfehlen ist die Einrichtung einiger Graduiertenfakultäten für Sozialwissenschaften in Deutschland. Als Muster könnten die "graduate schools" im Hochschulsystem der USA oder auch die 1988 eingeführten niederländischen "Centers of Excellence" (z.B. "Interuniversity Center for Social Science Theory and Methodology/ICS") Anregungen geben. Sonderforschungsbereiche und Graduiertenkollegs können für die Einrichtung von Graduiertenfakultäten Voraussetzungen schaffen, indem sie als Einstieg dienen. Sie sind aber

nicht dauerhaft genug angelegt und in ihren jeweiligen Aufgabenstellungen zu unterschiedlich und zu spezialisiert, um eine Graduiertenfakultät zu ersetzen.

Eine Graduiertenfakultät für Sozialwissenschaft könnte Kollegs für Soziologie, Sozialpsychologie, Politik, Wirtschaftswissenschaft, Geschichte, Geographie zusammenfassen und ihre Promotions- und postdoc-Programme mit Forschungseinrichtungen und Fachbereichen verknüpfen. Die Einheit von Forschung und Lehre kann in einer Graduiertenfakultät bewahrt und der Trennung von Universität als reiner Stätte der Lehre und extrauniversitärer (Spitzen)Forschung entgegengewirkt werden.

3.5 Nationaler und internationaler Rahmen

Die soziologische Forschung operiert häufig in undefinierten raum-zeitlichen Kontexten oder sie orientiert sich selbstverständlich am nationalen Rahmen. Sozialforschung muß sich mehr als bislang auf internationale Fragestellungen und Rahmenbedingungen einlassen. Dazu gehören eine eingespielte internationale Kooperation und ein größerer Anteil englischsprachiger Veröffentlichungen, nicht zuletzt in Zeitschriften, wie dies in den Naturwissenschaften üblich ist.

4. Schlußbemerkung

Um die Frage "Soziologie in Gefahr" des Forschungsforums auf dem Dresdner Soziologentag abschließend zu beantworten: Eine Gefahr für die soziologische Forschung besteht derzeit nicht. Was Leistungsfähigkeit und Zukunftsperspektiven betrifft, ist eher zu konstatieren, daß die soziologische Forschung von den an sie herangetragenen vielfältigen und durch-

aus hohen Erwartungen überfordert werden könnte. Sollte in Zukunft eine Gefährdung soziologischer Forschung eintreten, so wird sie von innen kommen. Schon von daher ergibt sich ein ausreichender Anlaß für die Soziologie, sich an den notwendigen Strukturveränderungen im Bereich universitärer Forschung (und Lehre) zu beteiligen.

Neue Bücher aus dem Sfb 186

Claudia Born, Helga Krüger, Dagmar Lorenz-Meyer 1996:

Der unentdeckte Wandel

Annäherung an das Verhältnis von Struktur und Norm im weiblichen Lebenslauf.

edition sigma. Berlin
324 Seiten, DM 39,-
ISBN 3-89404-422-5

Gerhard-Uhland Dietz, Eduard Matt, Lydia Seus, Karl F. Schumann 1997:

Lehre tut viel ...

Votum. Münster
DM 32,80; ISBN 3-930404-73-3

Wolfgang Voges/Andreas Farwick¹

Wohnquartier und Sozialhilfebedürftigkeit

Zum Einfluß von Nachbarschaften auf Armutsdynamiken

1. Einleitung

Mit zunehmender Arbeitslosigkeit und tiefen Einschnitten im Netz der sozialen Sicherung ist das Risiko, zu verarmen und auch langfristig davon betroffen zu sein, drastisch angestiegen. Dementsprechend hat sich das Ausmaß der Armut seit dem Ende der siebziger Jahre deutlich erhöht. Von dieser Entwicklung sind insbesondere Städte betroffen. So betrug die Sozialhilfequote in den Landkreisen der alten Bundesländer 1992 3,6 Prozent, während sie in den Großstädten mit über 300.000 Einwohnern bei 7,5 Prozent lag. Als Ursache für das deutlich höhere Ausmaß an Armut in den Städten wird zumeist auf die stärkere Konzentration von Bevölkerungsgruppen mit erhöhtem Armutsrisiko wie Zuwanderern und alleinerziehenden Frauen verwiesen.

Die Armutsbevölkerung einer Stadt ist jedoch nicht gleichmäßig über den gesamten städtischen Raum verteilt. Vielmehr konzentriert sie sich auf einzelne innerstädtische Gebiete. Es ist anzunehmen, daß durch die Zu-

nahme von Armut auch die Prozesse sozial-räumlicher Segregation verstärkt werden. In bestimmten innerstädtischen Teilgebieten - wie etwa Wohnquartieren mit ungünstigen Wohnbedingungen und randstädtischen Großwohnanlagen des sozialen Wohnungsbaus der sechziger und siebziger Jahre - wird mit einer zunehmenden Kumulation von sozialen Problemlagen gerechnet. Lokale Fallstudien haben bereits verdeutlicht, daß die Bereitschaft zu Gewalttätigkeit und das Ausmaß von Gewalt gegenüber Kindern und Frauen sowie sexueller Mißbrauch oder die Abhängigkeit von Drogen in bestimmten Stadtgebieten zunimmt. Nachbarschaftliche Solidarität der Bewohner weiche mehr und mehr dem Gefühl der Apathie und Resignation. Zunehmend wird auf den destruktiven Einfluß einer räumlichen Konzentration von Bevölkerungsgruppen mit eingeschränkten sozialen Chancen hingewiesen. Es komme angesichts von Armut und Unterversorgung im Wohnquartier zu einem Verfall von sozialen Werten und Handlungspotentialen der Bewohner (erlernte Hilflosigkeit).

Vor diesem Hintergrund soll in diesem Beitrag zunächst verdeutlicht werden, inwieweit mit dem Anstieg der Armut in den Städten eine räumliche Konzentration in bestimmten innerstädtischen Gebieten verbunden ist. Insbesondere soll der Frage nachgegangen werden, ob und in wel-

chem Ausmaß ein von Armut geprägtes Wohnquartier auf die Lebenslage der Bewohner wirken kann und so zu einer Verstärkung einer Armutslage beiträgt. Im einzelnen soll anhand der Daten der Bremer Längsschnitt-Stichprobe von Sozialhilfeakten (LSA) des Teilprojekts D3 "Sozialhilfedynamik im gesellschaftlichen Strukturwandel" überprüft werden, ob das Ausmaß der räumlichen Segregation von Armut die Verweildauer in Sozialhilfebedürftigkeit, verstanden als Zeitraum mit Sozialhilfezahlungen zuzüglich einer approximierten Dauer für die Überwindung dieser Armutslage, beeinflusst und so das Risiko der sozialen Ausgrenzung deutlich erhöht.

Wenn hier Sozialhilfebedürftigkeit als Indikator für Armut herangezogen wird, so handelt es sich dabei um sozialstaatlich "bekämpfte Armut". Dieser Teil einer städtischen Armutspopulation ist weder vom Umfang noch von der Struktur mit der von Armut betroffenen oder bedrohten Bevölkerung identisch. Das faktische Ausmaß der (räumlich segregierten) Armut in den Städten dürfte weitaus höher sein.

¹ Der vorliegende Beitrag ist das Ergebnis einer Kooperation zwischen der ZWE "Arbeit und Region" im Kooperationsbereich zwischen der Arbeiterkammer und der Universität, dem Teilprojekt D3 des Sfb 186 und dem Zentrum für Sozialpolitik der Universität. PD Dr. Wolfgang Voges ist Mitglied des Zentrums für Sozialpolitik, Dr. Andreas Farwick ist Mitglied der ZWE "Arbeit und Region".

2. Entwicklung der räumlichen Konzentration von Armut

Um der Frage nachzugehen, in welchem Ausmaß der Anstieg der Armut in den Städten zu einer stärker sozial-räumlichen Segregation geführt hat, soll zuvor kurz auf die Entwicklung der Armut in der Stadt Bremen ein-

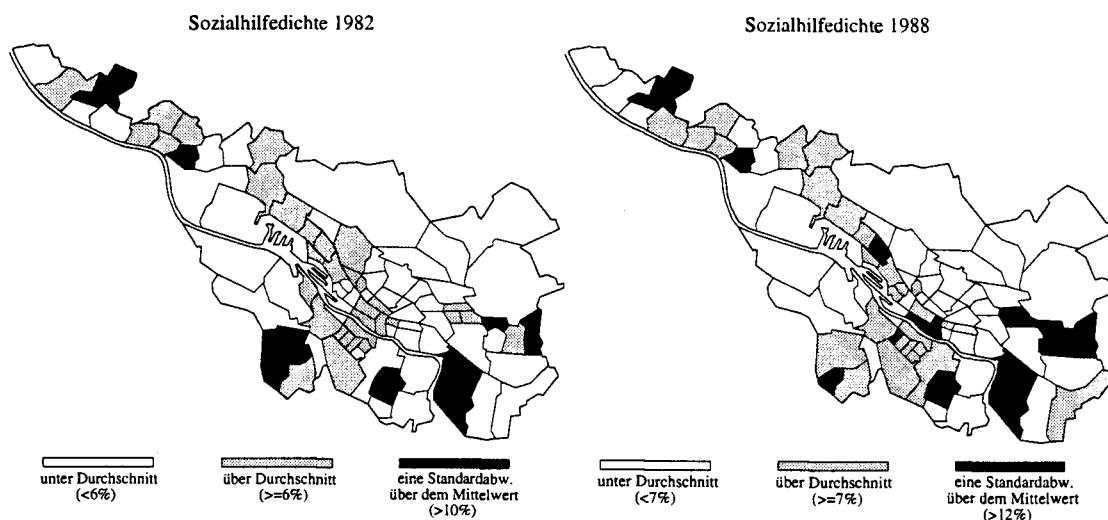
erhöht. Der Anteil der Sozialhilfeempfänger in den Armutsgebieten ist in diesem Zeitraum von 31 Prozent auf 36 Prozent angestiegen. Es hat also eine deutliche räumliche Ausweitung der Gebiete segregierter Armut stattgefunden. Im Verlauf des durch die Vereinigung bedingten wirtschaftlichen Aufschwungs ist die Zahl der Armutsgebiete 1992 wieder

gen). Zudem ist die Bevölkerung in den Wohngebieten mit extrem hoher Sozialhilfedichte deutlich jünger als die Bevölkerung in den übrigen Wohnquartieren.

3. Datenbasis

Grundlage für die folgende Untersuchung sind Daten der Bremer

Abbildung 1: Ortsteile von Bremen nach Anteil der Sozialbezieher zu Beginn und Ende der 80er Jahre



gegangen werden.²

Abbildung 1 verdeutlicht, wie sich die räumliche Verteilung konzentrierter Armut und Unterversorgung in den achtziger Jahren verändert hat. Die Anzahl der Wohnquartiere mit einer Sozialhilfedichte von einer Standardabweichung über dem ungewichteten Mittelwert hat sich zwischen 1982 und 1988 von 8 auf 16

auf 12 und der Anteil der Sozialhilfebezieher in den Armutsgebieten auf 29 Prozent gesunken. Nach dieser kurzfristigen Verbesserung zeigt sich gegenwärtig wieder erneut eine deutliche Tendenz zur Konzentration von sozial schwachen Bevölkerungsgruppen in sozial benachteiligten Wohnquartieren.

Vergleicht man die sozio-ökonomischen Merkmale der Bewohner aus den Ortsteilen mit extrem hoher Sozialhilfedichte mit den Bewohnern der übrigen Stadt, so zeigt sich, daß es sich bei den ersteren vor allem um sozial schwache Bevölkerungsgruppen handelt (höchste Werte im Bezug auf den Anteil an Arbeitern, Zuwanderern, Erwerbslosen, Personen mit Hauptschulabschluß, Haupt- und Sonderschülern; geringer Anteil von Eigentümern bewohnter Wohnun-

Längsschnitt-Stichprobe von Sozialhilfeakten (LSA). Teilpopulationen der Stichprobe werden im Teilprojekt D3 "Sozialhilfedynamik im gesellschaftlichen Strukturwandel" ausgewertet. Für die Analysen werden die Angaben von deutschen und ansässigen ausländischen Sozialhilfebezieher (HLU) im Erwerbsalter (16 bis 64 Jahren) der Erstbezugskohorten 1983 und 1989 über einen Zeitraum von maximal 69 Monaten herangezogen. Es handelt sich um 432 bzw. um 520 Fälle, die 1983 bzw. 1989 erstmals in der Stadt Bremen Sozialhilfe bezogen haben und, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, in den letzten 5 Jahren vor diesem Zeitpunkt nicht im Leistungsbezug standen. Die Verlaufsdaten von Zugangskohorten ermöglichen das Zusammenwirken von etwaigen ökologischen Effekten des Wohnquartiers, verschiedenen

² Armutsgebiete können nur im Verhältnis zur relativen Armut in der Gesamtstadt bestimmt werden. Daher stellt sich die Frage nach dem Schwellenwert. Für die folgenden Analysen wird als Schwellenmaß zur Bestimmung von Armutsgebieten der Wert von einer Standardabweichung über dem ungewichteten Mittelwert einer Verteilung der Sozialhilfedichte aller Ortsteile gewählt.

sozio-ökonomischen Bedingungen und demographischen Merkmalen im Hinblick auf die Sozialhilfemuster eines Haushalts³ über einen längeren Zeitraum (im Idealfall vom Beginn der Sozialhilfezahlungen bis zur Überwindung der Sozialhilfebedürftigkeit, die zeitlich zumeist stets erheblich nach dem Ausscheiden aus dem Leistungsbezug zu verorten ist) zu betrachten.

des Empfangs von Sozialhilfeleistungen eine Armutslage zu überwinden. Hier gibt es deutliche Unterschiede zwischen den USA und Deutschland. Während in den USA von einer mittleren Dauer von 24 Monaten ausgegangen wird (vgl. Duncan und Voges 1993), gehen Schätzungen für die alten Bundesländer von etwa einem Jahr aus. Vor diesem Hintergrund verstehen wir unter Sozialhil-

den.⁴ Als sozial-räumliche Bezugsgröße werden diejenigen Wohnquartiere zugrundegelegt, in denen die Sozialhilfebezieher im Zeitraum der Sozialhilfebedürftigkeit am längsten gewohnt haben.

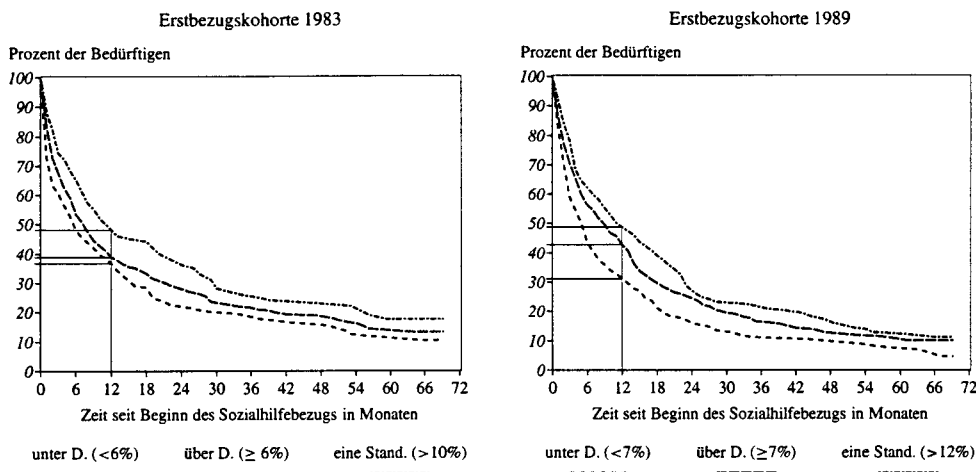
Betrachtet man zunächst die Verweildauer der Populationen in den unterschiedlichen Wohnquartieren, so zeigt sich, wie zu erwarten, ein

deutlicher Zusammenhang zwischen der Dauer der Sozialhilfebedürftigkeit und der Sozialhilfedichte in der Nachbarschaft. Die Dauer der Sozialhilfebedürftigkeit ist in den Armutsgebieten doppelt so lang wie in den Wohngebieten mit einer unter dem Durchschnitt liegenden Sozialhilfedichte. Dieser Zusammenhang zeigt sich gleichermaßen in beiden

Kohorten. Während die mittlere Verweildauer in den Nachbarschaften mit geringerem Anteil an Sozialhilfebezieher*innen sich zwischen den Kohorten nicht verändert hat, zeigt sich eine deutliche Zunahme bei den Haushalten aus den Wohnquartieren mit sehr hoher Sozialhilfedichte.

Um festzustellen, ob ein tendenzielles Risiko auf langfristige Sozialhilfebedürftigkeit besteht, wird häufig der Anteil der Haushalte betrachtet, die

Abbildung 2: Dauer der Sozialhilfebedürftigkeit nach Erstbezugskohorten und Sozialhilfedichte im Ortsteil



Erläuterung: Sozialbedürftigkeit umfaßt neben der Dauer des Leistungsbezugs einen Zeitraum, der potentiell benötigt wird, um diese Armutslage zu überwinden. Sie wird als überwunden betrachtet, wenn im Beobachtungszeitraum zwölf aufeinanderfolgende Monate ohne Leistungsbezug auftreten.
Quelle: Bremer Längsschnitt-Stichprobe von Sozialhilfe-Akten (LSA); Sonderforschungsbereich 186, Zentrum für Sozialpolitik, Universität Bremen.

Im Hinblick auf eine Definition zeitlicher Betroffenheit von Sozialhilfebedürftigkeit haben Untersuchungen auf der Grundlage der Panel Study of Income Dynamics (PSID) und des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) gezeigt, daß mit der Beendigung des Sozialhilfebezugs nicht unbedingt eine wesentliche Veränderung der Armutslage einhergeht. Vielmehr bedarf es durchweg einer gewissen Zeit, um nach Beendigung

febedürftigkeit den Zeitraum mit Sozialhilfezahlungen zuzüglich einer approximierten Dauer für die Überwindung dieser Armutslage. Sie gilt daher erst dann als überwunden, wenn 12 Monate nach Beendigung des Sozialhilfebezugs kein erneuter Leistungsbezug aufgetreten ist.

4. Ergebnisse

Um festzustellen, ob das Ausmaß sozialräumlicher Konzentration von Armut einen Einfluß auf die Chancen hat, Sozialhilfebedürftigkeit zu überwinden, soll in einem ersten Schritt die mittlere Verweildauer im sozialen Zustand "sozialhilfebedürftig", gemessen als Median, betrachtet wer-

³ In Bezug auf Sozialhilfe handelt es sich bei den Beobachtungseinheiten zumeist um Bedarfsgemeinschaften. Diese müssen nicht unbedingt den Haushalten entsprechen. Wir gehen jedoch im weiteren davon aus, daß die Unterschiede vernachlässigt werden können und sprechen von Haushalten.

⁴ Dabei wird unterschieden zwischen "armen" Wohnquartiertypen mit einer Sozialhilfedichte von einer Standardabweichung über dem ungewichteten Mittelwert, sowie überdurchschnittlich und unterdurchschnittlich von Armut betroffenen Gebieten.

nach einem Jahr diesen Zustand noch nicht überwunden haben (Abbildung 2). Von den Haushalten aus den Wohnquartieren mit niedriger Sozialhilfedichte der Kohorte 1983 sind nach 12 Monaten noch 34 Prozent sozialhilfebedürftig, während deren Anteil in der Kohorte auf 32 Prozent gesunken ist. Demgegenüber ist der Anteil der Sozialhilfebedürftigen aus den Wohngebietsquartieren mit höherer Sozialhilfedichte, die nach diesem Zeitpunkt diesen sozialen Status noch nicht überwunden haben, gestiegen.

Die Abbildung verdeutlicht auch, wie sich die Armutsdynamik der Haushalte aus den ökonomisch stabilen und ökonomisch instabilen Nachbarschaften verändert hat. Die Chancen, Sozialhilfebedürftigkeit zu überwinden, haben sich für Haushalte aus den Wohnquartieren mit unterdurchschnittlicher Sozialhilfedichte verbessert. Vor dem Hintergrund des leicht angestiegenen Verbleibrisikos im Zustand der Sozialhilfebedürftigkeit unter den Bewohnern aus den höher mit Sozialhilfebezug belasteten Nachbarschaften ist davon auszugehen, daß sich die "ökonomische Schere" zwischen den Haushalten aus den unterschiedlichen Wohnquartieren zwischen 1983 und 1989 weiter geöffnet hat.

Nun könnte man vermuten, daß die Verweildauer der Haushalte aus den unterschiedlichen Wohnquartieren auch im Zusammenhang mit anderen demographischen und sozio-ökonomischen Merkmalen der Sozialhilfebedürftigen steht. Differenziert man die Populationen nach dem Geschlecht, dann zeigen sich die bekannten deutlichen Unterschiede in der mittleren Verweildauer zwischen Männern und Frauen. Frauen sind durchweg, und zwar unabhängig vom nachbarschaftlichen Kontext und der Kohortenzugehörigkeit, länger sozi-

alhilfebedürftig. Allerdings sind Frauen aus den Wohnquartieren mit überdurchschnittlicher Sozialhilfedichte der Kohorte 1989 kürzere Zeit sozialhilfebedürftig als noch jene der Kohorte 1983. Der Effekt ist vermutlich durch unterschiedliche Einflußfaktoren jenseits des Nachbarschaftseinflusses bedingt. Zum einen ist die Ursache wohl im Zusammenhang mit der Einstiegsursache "Warten auf vorrangige Leistungen" zu sehen. Der Anteil an Haushalten aus den sehr hoch durch Sozialhilfebezug belasteten Nachbarschaften, die auf Grund dieser Bedingungskonstellation in den Sozialhilfebezug gelangt sind, ist zwischen 1983 und 1989 um 6 Prozentpunkte angestiegen. Dies schlägt sich auch in einer Verkürzung der Sozialhilfebedürftigkeit von zwei Monaten nieder.

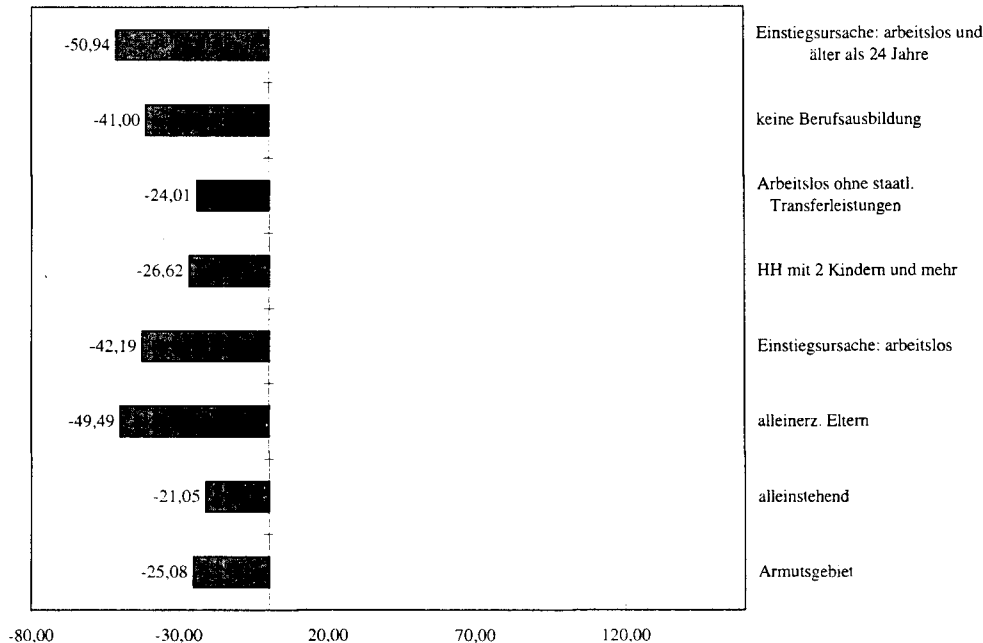
Insgesamt verdeutlichen alle Analysen bereits, daß ein Nachbarschaftseffekt auch dann anzunehmen ist, wenn man die Population nach sozio-demographischen Merkmalen differenziert. Der Nachbarschaftseffekt bleibt auch beim Kohortenvergleich erhalten. Es ist also davon auszugehen, daß der Einfluß des sozial-räumlichen Kontextes nicht an eine historische Periode gebunden, sondern durchwegs auch im sozialstrukturellen Wandel gegeben ist.

Anhand deskriptiver Analysen läßt sich letztlich nur begrenzt etwas über den tatsächlichen Effekt des Wohnquartiers auf das Risiko sozialer Ausgrenzung aussagen. Aus diesem Grund wird im weiteren Verlauf der Einfluß des Wohngebiets unter Kontrolle verschiedener Merkmale mit Hilfe eines Übergangsratenmodells geschätzt. In dieses Modell geht der Einfluß des Wohnquartiers als zeitabhängige Kovariable ein. Bis zu zwei mögliche Umzüge werden kontrolliert.

Betrachtet man zunächst den Periodeneffekt, dann wird deutlich, daß mit zunehmender Dauer der Sozialhilfebedürftigkeit die Chancen abnehmen, diesen Zustand zu überwinden. Vergleicht man allerdings den Periodeneffekt der Kohorte 1983 mit dem der Kohorte 1989, dann zeigt sich, daß das Risiko, sozialhilfebedürftig zu bleiben, zurückgegangen ist. Die Chancen, Sozialhilfebedürftigkeit zu überwinden, haben sich für die, die in der Kohorte 1989 länger als 12 Monate bedürftig sind, leicht verbessert. Diese Entwicklung hat sich vollzogen vor dem Hintergrund eines durchweg gestiegenen Verbleibrisikos von Bewohnern von Armutsgebieten und Wohngebieten mit sehr hoher Sozialhilfedichte, d.h. die Chancen, nicht mehr sozialhilfebedürftig zu sein, haben sich im wesentlichen unter den Bewohnern von gering durch Sozialhilfebezug belasteten Nachbarschaften verbessert.

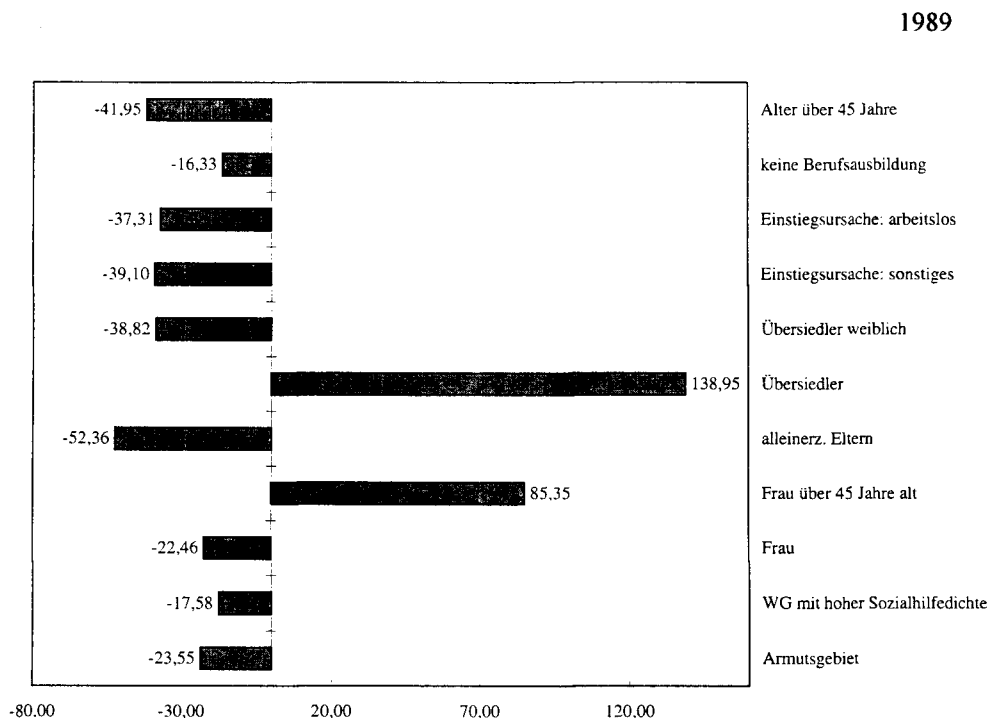
Abbildung 3 verdeutlicht, in welchem Ausmaß personenbezogene Merkmale neben dem Nachbarschaftseinfluß die Chancen zur Überwindung von Sozialhilfebedürftigkeit vermindern bzw. erhöhen. Zunächst zeigt sich, daß der Einfluß des Wohnquartiers auf die Überwindung einer Armutslage von der Kohorte 1983 zur Kohorte 1989 zugenommen hat. Während der negative Einfluß der Armutsgebiete mit sehr hoher Sozialhilfedichte nahezu gleich geblieben ist, haben sich nunmehr auch die Chancen der Überwindung von Sozialhilfebedürftigkeit unter den Bewohnern aus den Ortsteilen mit hoher Sozialhilfedichte vermindert.

Abbildung 3



Des Weiteren fällt auf, daß die Alleinerziehenden in beiden Kohorten gleichermaßen nur eine halb so große Chance haben, Sozialhilfebedürftigkeit zu überwinden, wie die anderen Bedürftigen. Offensichtlich haben sich für diese Bevölkerungsgruppe weder die sozialstaatlichen Bedingungen noch die des Arbeitsmarktes so verändert, daß sie ihren Lebensunterhalt langfristig ohne Sozialhilfetransfers bestreiten können.

Das Risiko sozialer Ausgrenzung hat sich zwischen den beiden Kohorten für Frauen leicht erhöht. Davon betroffen sind insbesondere jene, die als Übersiedlerin Leistungen bezogen haben. Arbeitslosigkeit ohne Ansprüche auf andere Transfers, "sonstige Ursachen" für Sozialhilfeabhängigkeit sowie ein Arbeitsmarktchancen vermindernendes Alter, erhöhen das Risiko, sozialhilfebedürftig zu bleiben. Gegenüber den Bedürftigen von 1983 hat unter denen von 1989 fehlende berufliche Qualifikation an Bedeutung verloren. Gute Chancen, ihre Armutslage zu überwinden, haben - auch bei Kontrolle aller anderen Einflußgrößen - Übersiedler aus der DDR. Sie werden offensichtlich kurzfristig vom Arbeitsmarkt absorbiert. Aber auch Frauen über 45 Jahren, die durch spezifische sozialstaatliche Programme unterstützt werden, haben Chancen, nicht in den Sozialhilfebezug zu gelangen.



Insgesamt verdeutlichen die Ergebnisse, daß sich selbst

bei Kontrolle personenbezogener Merkmale ein deutlicher Einfluß sozialräumlicher Dimensionen auf Sozialhilfebedürftigkeit identifizieren läßt.

5. Zusammenfassung

Der vorliegende Beitrag hat gezeigt, daß mit dem Anstieg der Armut in Bremen auch eine Zunahme der räumlichen Konzentration von Armut verbunden ist. So stieg die Zahl der extrem von Armut betroffenen Gebiete deutlich an, und auch der Anteil der von Armut betroffenen Bevölkerung in diesen Gebieten erhöhte sich beträchtlich: Immer mehr von Armut betroffene Menschen leben in Gebieten segregierter Armut.

Mit zunehmender Armut im Wohnquartier ist ein gravierender Anstieg der Verweildauer in Sozialhilfebedürftigkeit zu beobachten. Insbesondere in den extrem von Armut betroffenen Gebieten ist eine erheblich höhere Verweildauer festzustellen. Auch bei Betrachtung einzelner nach demographischen Merkmalen differenzierter Haushaltstypen ergibt sich nahezu durchgängig mit Zunahme der Sozialhilfedichte im Wohnquartier ein Anstieg der Dauer von Sozialhilfebedürftigkeit.

Einige Haushaltstypen mit Merkmalen langfristiger Sozialhilfebedürftigkeit sind durchaus häufiger in Armutsgebieten als in der übrigen Stadt angesiedelt. In gewissem Umfang sind die hohen Verweildauern in den Armutsgebieten also durch Effekte selektiver Migration verursacht.

Auch unter Berücksichtigung verschiedenster Merkmale der Haushalte zeigt sich ein negativer Einfluß des Wohnquartiers auf die Dauer der Sozialhilfebedürftigkeit. Die Ergebnisse unserer Untersuchung verdeutlichen, daß das Ausmaß räumlicher

Segregation von Armut durchaus einen Einfluß auf die Dauer der Sozialhilfebedürftigkeit hat und damit auch das Risiko der sozialen Ausgrenzung wesentlich erhöht.

Es kann allerdings nicht davon ausgegangen werden, daß der Einfluß des Wohnquartiers die Lebenslage *aller* Bewohner gleichermaßen prägt. Weiterhin sind nicht alle Armutsgebiete in gleicher Weise benachteiligt. Ein Wohnquartiereffekt wird sich daher trotz annähernd gleicher Ausprägung räumlich segregierter Armut in den verschiedenen Armutsgebieten für einzelne Individuen in sehr unterschiedlicher Stärke auswirken.

Letztlich unterstreichen die Ergebnisse, daß der sozialräumliche Aspekt bei der Bekämpfung insbesondere langfristiger Armut nicht vernachlässigbar ist. Zwar spielen vor dem Hintergrund zunehmend heterogener Lebensweisen individuelle Merkmale wie alleinerziehende Elternschaft oder Arbeitslosigkeit ohne Anspruch auf vorrangige Leistungen sowie familienbezogene Ereignisse wie Trennung oder Scheidung in Bezug auf die Verweildauer in Sozialhilfebedürftigkeit eine wesentliche Rolle. Wenn aber mit der individuellen Benachteiligung sozial schwacher Bevölkerungsgruppen zugleich auch eine Benachteiligung durch das Wohnumfeld einhergeht, kann sich aufgrund dieser mehrfachen Deprivation im Wohnquartier ein soziales Gefüge entwickeln, dessen Sprengkraft sich in vielen Armutsgebieten der Städte bereits andeutet. Eine sozial gerechte Stadtentwicklungspolitik darf sich daher nicht auf Strategien des Umgangs mit räumlich segregierter Armut (zumeist in Form sozialpädagogischer Intervention) beschränken, sondern muß darüber hinaus auch Ansätze zum Abbau und zur Vermeidung innerstädtischer Disparitäten

beinhalten und - wichtiger noch - auch umsetzen.

Literatur

Buhr, P., Weber, A. 1996: The Impact of Social Change on Social Assistance. Two Cohorts of German Welfare Recipients Compared. Bremen: Sfb186. Arbeitspapier Nr. 31

Duncan, G., Voges, W. 1993: Do Generous Social Assistance Programs Lead to Dependence? A Comparative Study of Lone-Parent Families in Germany and the United States. Bremen: Zentrum für Sozialpolitik. Arbeitspapier 12/93.

Farwick, A. 1997: Ausweitung und Verfestigung räumlich segregierter Armut in der Stadt. Das Beispiel Bremen. In: T. Mirbach (Hrsg.), Entwürfe für eine soziale Stadt. Basel: Fakultas.

Farwick, A.; Voges, W. 1997: Segregierte Armut und das Risiko sozialer Ausgrenzung. Zum Einfluß der Nachbarschaft auf die Verstetigung von Sozialhilfebedürftigkeit. Arbeitspapier Nr. 27, ZWE Arbeit und Region, Universität Bremen.

Schupp, J., Habich, R., Zapf, W. 1996: Sozialberichterstattung im Längsschnitt. Auf dem Weg zu einer dynamischen Sicht der Wohlfahrtsproduktion. In: W. Zapf, J. Schupp, R. Habich (Hrsg.), Lebenslagen im Wandel: Sozialberichterstattung im Längsschnitt. Frankfurt: Campus.

Neuere Arbeitspapiere des Sfb 186

- Nr. 35 **Blossfeld, Hans-Peter** (1996): Macrosociology, Rational Choice Theory and Time. A Theoretical Perspective on the Empirical Analysis of Social Processes.
- Nr. 36 **Blossfeld, Hans-Peter; Rohwer, Götz** (1996): Causal Interference, Time and Observation. Plans in the Social Sciences.
- Nr. 37 **Oswald, Christiane; Siddiqui, Sikandar;** (1996): Earnings and Employment Situation of East German Men, 1990-93: An Empirical Investigation Using Panel Data.
- Nr. 38 **Struck-Möbbeck, Olaf; Rasztar, Matthias; Sackmann, Reinhold; Weymann, Ansgar; Wingens, Matthias** (1996): Gestaltung berufsbiographischer Diskontinuität.
- Nr. 39 **Rasztar, Matthias; Struck-Möbbeck, Olaf; Sackmann, Reinhold; Weymann, Ansgar; Wingens, Matthias** (1996): Berufliche Wechselprozesse in Ostdeutschland. Eine Längsschnittstudie über Berufswechselprozesse von ostdeutschen Berufs- und Hochschulabsolventen im Transformationsprozeß.
- Nr. 40 **Dreyer-Tümmel, Anne; Schulz, Detlef; Behrens, Johann** (1996): Möglichkeiten und Grenzen der Erforschung von Zusammenhängen zwischen Krankheit und Erwerbsverlauf mit Routinedaten der gesetzlichen Krankenversicherung.
- Nr. 41 **Rentzsch, Doris; Buhr, Petra** (1996): Im Osten nichts Neues? Sozialhilfverläufe in Ost- und Westdeutschland im Vergleich.
- Nr. 42 **Fratczak, Ewa; Kowalska, Irena** - in Zusammenarbeit mit Rohwer, Götz; Drobnic, Sonja; Blossfeld, Hans-Peter (1996): Polish Family and Fertility Survey. A User's Guide.
- Nr. 43 **Blossfeld, Hans-Peter; Timm, Andreas** (1997): Das Bildungssystem als Heiratsmarkt. Eine Längsschnittanalyse der Wahl von Heiratspartnern im Lebenslauf.
- Nr. 44 **Ernicke, Beate** (1997): Datenaufbereitung aus dem Sozio-ökonomischen Panel: Erwerbsverlauf und Familiendaten.
- Nr. 45 **Ostermeier, Marion; Blossfeld, Hans-Peter** (1997): Wohneigentum und Ehescheidung. Eine Längsschnittanalyse über den Einfluß gekauften und geerbten Wohneigentums auf den Prozeß der Ehescheidung.

Die Arbeitspapiere können über die Zentrale Geschäftsstelle des Sfb 186 gegen eine Schutzgebühr von DM 5,- bezogen werden

Nachrichten aus dem Sfb

Habilitationen, Berufungen und Gastaufenthalte

- Habilitiert wurden *Dr. Gerd Gökkenjan* mit der Arbeit „Alter als Diskurs. Altersbilder und Bedeutung des Alters im historischen Vergleich“ und *Dr. Matthias Wingens* mit der Schrift „Wissenschaftliches Wissen und technisch-industrielle Innovationen“.
- *Prof. Dr. W.R. Heinz* wurde zum Mitglied im Executive Committee des Western Research Network in Education and Training an der University of British Columbia, Vancouver, B.C., Canada berufen.
- *PD Dr. Lutz Leisering* war als Gastforscher im April/Mai 1997 am Centre for Research in Social Policy (CRSP) an der Loughborough University, England, tätig.
- *Prof. Dr. Ansgar Weymann* hat einen Ruf an die Universität Lüneburg erhalten.
- *Prof. Dr. Hans-Peter Blossfeld* hat im Sommer 1996 einen Ruf auf die Position des Direktors des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg abgelehnt. Im Sommer 1997 hat er einen Ruf auf die C4-Professur „Allgemeine Soziologie, insbesondere Theorie und empirische Analyse von Sozialstrukturen und Wirtschaftssystemen“ an die Universität Bielefeld erhalten. Im September 1996 war er als Visiting Professor am Department of Statistics and Measurement Theory an der Universität Groningen tätig und im März 1997 als Official Visiting Professor am Nuffield College der Uni-

versität Oxford. Von der Danish National Research Foundation wurde er im Frühjahr 1997 als Mitglied in eine Kommission zur Begutachtung der wissenschaftlichen Leistungen der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitute in Dänemark berufen. Im Sommer 1997 wurde er vom Economic and Social Research Council (ESRC), London, in eine Kommission zur Evaluation des Research Centre on Micro-Social Change an der Universität Essex und des British Household Panels berufen.

- *Prof. Dr. Helga Krüger* wird von September bis Dezember 1997 als Gastwissenschaftlerin (Hill-Professorship) am Life Course Center der University of Minnesota, Minneapolis, tätig sein.

- *Prof. Dr. Stephan Leibfried* arbeitet derzeit schwerpunktmäßig über "Wohlfahrtsstaat und Globalisierung" und hat in Lehre und Forschung das Jahr 1996/97 am Department of Political Science der Stanford University bzw. der University of California, Berkeley, verbracht, und wird das Jahr 1997/98 am Wissenschaftskolleg zu Berlin arbeiten. Aus zwei Aufsätzen läßt sich ein Zwischenstand seiner Arbeiten entnehmen:

- "Limits to Globalization: Welfare State Reasons for Economic Openness and Closure" (erscheint auf deutsch in der Politischen Vierteljahresschrift, Heft 4, 1997) sowie
- "Der Wohlfahrtsstaat zwischen Integration und Desintegration: Europäische Union, nationale Sozialpolitiken und 'Globalisierung'" (erscheint 1998: In Jutta Allmendinger und Wolfgang Ludwig-Mayerhofer,

Hrsg., Soziologie des Sozialstaates, Juventa).

- *Prof. Dr. Karl F. Schumann* hielt sich im SS 1997 an der University of Colorado in Boulder und an der University of California in Berkeley auf. In Boulder arbeitete er zusammen mit David Huizinga, der den Denver Youth Survey (DYS) leitet, an der Herstellung eines gemeinsamen Datensatzes, gestützt auf sechs Erhebungswellen des DYS und vier Interviewwellen des Teilprojekts A3 (Berufsausbildung, Berufseintritt und Delinquenz bei Hauptschulabgängern). Im internationalen Vergleich soll der Einfluß von Strukturunterschieden beider Gesellschaften hinsichtlich des Übergangs von der Schule in den Beruf auf Delinquenz untersucht werden. Im Oktober/November wird Prof. Schumann wieder in Boulder arbeiten; im Mai 1998 wird Dr. Huizinga in Bremen arbeiten. In der Zwischenzeit wird *Beate Ehret* in Boulder die gemeinsamen Datensätze auswerten (s.u.). Der Aufenthalt in Berkeley am Earl Warren Legal Institute war Teil eines Forschungsprojekts über experimentelle Kriminalpolitik.

Neue Mitarbeiter/innen

- Heike Niemann (D3)
- Ralf Bohrdardt (D3)
- Dr. Thomas Elkeles (C4)
- Renate Niedermeier (C1)
- Dr. Thomas Schulz (C1)
- Ben Veghte (C1)
- Dr. Karin Kurz (B6)
- Dr. Hildegard Schaeper (A1)
- Thomas Kühn (A1)

Status Passages and the Life Course Vol. X

Birgit Geissler/ Mechthild Oechsle

Lebensplanung junger Frauen

Zur widersprüchlichen Modernisierung weiblicher Lebensläufe

Wie gestalten junge Frauen heute ihr Leben, wie sehen ihre Ansprüche an Partnerschaft und Familie aus? Wie wichtig sind Ausbildung und Beruf geworden? Wird der „doppelte Lebensentwurf“ zur neuen Normalbiographie der Frau?

Für die Studie sind berufstätige Frauen im Alter zwischen 20 und 30 Jahren interviewt worden. Sie zeigt, daß sich die herkömmliche weibliche Lebensführung zwar auflöst, aber gleichzeitig neue Handlungsorientierungen und neue Normen entstehen. Für junge Frauen ist Lebensplanung eine neue Erfahrung und zugleich eine Anforderung, der sich keine gänzlich entziehen kann; sie können heute weder dem traditionell weiblichen noch dem erwerbszentrierten Lebenslauf ohne eigene „Leistungen“ folgen. In ihrer Lebensplanung werden sie aber allein gelassen. Von Bildungswesen, Medien, Politik und Arbeitsmarkt kommen nur widersprüchliche Impulse. Die häufig geäußerte Befürchtung, in der Krise würden die Frauen „zurück an den Herd geschickt“, ist jedoch gegenstandslos: dafür gibt es weder die notwendigen sozialen Strukturen noch akzeptieren jüngere Frauen die Lebensform der Hausfrau.

Im Zuge der Modernisierung haben sich Lebensführung und Lebenslauf bei der Mehrheit der jungen Frauen von traditionellen Vorgaben entfernt; die verschiedenen Lebenslauf-Modelle von familienzentriert bis individualisiert werden in der Studie ausführlich dargestellt. Frauen heute haben verschiedene Orientierungen im Hinblick auf Beruf, Partnerschaft, Familie und auf das Geschlechterverhältnis, und sie haben unterschiedliche Handlungskompetenzen und Ressourcen. Die Bandbreite der Lebensplanung verweist so auf die Pluralisierung der Lebenslagen und der biographischen Orientierungen von Frauen.

1996. 313 S. Br DM 58,-/ÖS 423,-/SF 52,50 ISBN 3 89271 693 5

Deutscher Studien Verlag

Postfach 100154, 69441 Weinheim

- Ab 1. August wird Dr. Heinz-Günter Micheel Stelle im Bereich Methodenentwicklung und EDV tätig sein. Er tritt damit die Nachfolge von Dr. G. Prein an, der zum Teilprojekt A3 gewechselt hat.

Gastwissenschaftler/innen im Sfb

1996 und 1997 haben folgende Gastwissenschaftler/innen im Sfb gearbeitet:

Prof. Gunhild Hagestad (Universität Oslo und Northwestern University, Evanston), *Prof. Margit Eichler* (University of Toronto), *Fabrizio Bernardi* (Università di Trento), *Prof. Harvey Krahn* (University of Alberta, Edmonton), *Prof. Pat Armstrong* (Carlton University, Ottawa), *Prof. Victor Marshall* (University of Toronto), *Prof. Michael Shanahan*

(University of North Carolina, Chapel Hill).

Weitere Gäste waren: *Prof. Dr. Max Haller* (Universität Graz), *Prof. Timothy Hartnagel* (University of Alberta, Edmonton), *Prof. Jack Veugelaers* (University of Toronto), *Prof. Dr. René Levy* (Université de Lausanne), *Prof. W. Norton Grubb* (University of California, Berkeley), *Prof. Robert Blackburn* (University of Cambridge).

Für 1997 und 1998 wurden als Gastwissenschaftler/innen eingeladen: *Prof. Antonio Cobalti* (Università di Trento), *Prof. John Hagan* (University of Toronto), *Prof. Phyllis Moen* (Cornell University), *Prof. Angela O'Rand* (Duke University), *Prof. Aaron Cicourel* (University of California, La Jolla).

Neue Bücher aus dem Sfb 186

- *Warsewa, Günter; Osterland, Martin; Wahsner, Roderich* 1996: Zwischen Sparzwang und sozialer Verantwortung - Normalarbeit und abweichende Beschäftigung in der kommunalen Personalpolitik der 80er Jahre. Vol. VII. Deutscher Studien Verlag. Weinheim

- *Schumann, Karl F.; Dietz, Gerhard-Uhland; Gehrmann, Manfred; Kaspras, Heidi; Struck-Möbbeck, Olaf* 1996: Private Wege der Wiedervereinigung. Die deutsche Ost-West-Migration vor der Wende. Vol. VIII. Deutscher Studien Verlag. Weinheim

- *Ludwig, Monika* 1996: Armutskarrieren. Zwischen Abstieg und Aufstieg im Sozialstaat. Westdeutscher Verlag. Opladen

- *Weymann, Ansgar; Heinz, Walter R.* (eds.) 1996: Biography and

Society. Interrelationships between Social Structure, Institutions and the Life Course. Vol. IX. Deutscher Studien Verlag. Weinheim

- *Geissler, Birgit; Oechsle, Mechtild* 1996: Die Lebensplanung junger Frauen. Zur widersprüchlichen Modernisierung weiblicher Lebensläufe. Vol. X. Deutscher Studien Verlag. Weinheim

- *Born, Claudia; Krüger, Helga; Lorenz-Meyer, Dagmar* 1996: Der unentdeckte Wandel. Annäherung an das Verhältnis von Struktur und Norm im weiblichen Lebenslauf. edition sigma. Berlin

- *Dietz, Gerhard-Uhland; Mariak, Volker; Matt, Eduard; Seus, Lydia; Schumann, Karl F.* 1997: Lehre tut viel Votum. Münster

- *Blossfeld, Hans-Peter; Hakim, Catherine* (eds.) 1997: Between Equalization and Marginalization. Working Part-time Women in Europe and the United States of America. Oxford University Press. Oxford

- *Blossfeld, Hans-Peter; Prein, Gerald* (eds.) 1997: Rational Choice Theory and Large Scale Data Analysis. Westview Press. Boulder (im Erscheinen)

Seminare und Konferenzen

- Im Mai 1996 führte der Sfb die „Conference on Causation, Actors and Empirical Analysis of Social Processes“ durch. Die Konferenz wurde von Prof. Dr. Hans Peter Blossfeld und Dr. Gerald Prein organisiert. Die Ergebnisse werden demnächst bei Westview Press publiziert (s. o.). Der Band „Rational Choice Theory and Large Scale Data Analysis“ enthält Beiträge von John H. Goldthorpe, Siegwart Lindenberg, Peter Hedström

und Richard Swedberg, Robert Erikson, Hartmut Esser, Udo Kelle und Christian Lüdemann, Stanley Lieberman, Karl Ulrich Mayer, Charles C. Ragin, Anthony Heath, Karl-Dieter Opp, Hans Peter Blossfeld, Gerald Prein, Sebastian Bamberg und Peter Schmidt, Michael Hechter.

- Zum Thema „Couples' Careers in a Dynamic Perspective“ fand im Mai 1997 eine internationale Arbeitstagung im Sfb statt, die von Prof. Dr. Hans Peter Blossfeld und Dr. Sonja Drobnic organisiert wurde. Ziel dieser Tagung war es, die Beschäftigungsmuster von Ehepartnern in verschiedenen Ländern in den Blick zu nehmen und methodologische Fragen des internationalen Vergleichs von haushaltsbezogenen Längsschnittdaten zu erörtern.

- Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsbildung (IAB) der Bundesanstalt für Arbeit hat zum zweiten Mal (nach 1989) den Sonderforschungsbereich 186 gebeten, die Fortbildung der im IAB tätigen Wissenschaftler/innen beim Sfb 186 durchzuführen. Zu diesem Seminar werden auch Teilnehmer/innen der Arbeitgeberverbände und der Gewerkschaften eingeladen. Das „IAB-Kontaktseminar“ wird vom 15. bis 19. September stattfinden. In diesem Seminar werden die 12 Sfb-Projekte die Ergebnisse ihrer Forschung darstellen und mit den Teilnehmer/innen die aktuellen Bezüge der Sfb-Grundlagenforschung diskutieren. Ein Gastreferat wird von Prof. Dr. Jutta Allmendinger (Universität München) gehalten. Weiterhin werden sich die Seminar-Teilnehmer/innen über das Thema „Technologietransfer Universität - Wirtschaft in Bremen“ informieren. Den Abschluß bildet eine Podiumsdiskussion zum Thema „Schöne neue Arbeitswelt - Jobs statt Beru-

fe?“, an der auch auswärtige Experten teilnehmen werden.

- Gemeinsam mit dem Institute for Human Development, Life Course and Aging der University of Toronto führt der Sfb 186 die Konferenz „Restructuring Work and the Life Course“ durch. Die Konferenz findet vom 7.-9. Mai 1998 in Toronto statt.

Kooperationsabkommen

Nach den Kooperationsabkommen mit dem Life Course Center/Department of Sociology der University of Minnesota, Minneapolis und dem Department of Sociology der University of Alberta, Edmonton, hat der Sfb 186 ein weiteres Kooperationsabkommen mit dem Institute for Human Development, Life Course and Aging der University of Toronto abgeschlossen. Es ist das Ziel dieser Vereinbarungen, für Wissenschaftler/innen und Studierende Aufenthalte an der jeweils anderen Universität zu ermöglichen, um vergleichende Forschungen und berufsbezogene Fortbildungen an Forschungsgegenständen aus den Bereichen Erziehung, Lebenslauf und Altern durchzuführen.

Herausgeber:

Sonderforschungsbereich 186
der Universität Bremen
„Statuspassagen und Risikolagen
im Lebensverlauf“
Postfach 330440
28334 Bremen
Tel.: 0421/218 4150
Fax: 0421/218 4153

Redaktion: Werner Dressel,
Dr. Gerd Marstedt
Gestaltung: Werner Dressel
Bei Quellenangabe frei zum
Nachdruck; Beleg erbeten
ISSN 0946-283X